

Für ein Ende der Braunkohleverbrennung in Köln-Merkenich

Der kommunale Energieversorger RheinEnergie AG betreibt im Köln-Merkenich ein Heizkraftwerk, das überwiegend mit Braunkohlegranulat betrieben wird. Ein Umstieg auf Gas ist technisch jederzeit möglich.



Die Initiative „Tschö RheinEnergie“ hat für eine Petition zur Abschaltung des Braunkohleblocks vor einiger Zeit gestartet und die Unterstützung von circa 3000 BürgerInnen erhalten. Die Petition wird in Kürze an Frau Reker, Oberbürgermeisterin von Köln übergeben.

Im folgenden ein kurzer Abriss der Entwicklung, bei der es sowohl eine einstweilige Verfügung der RheinEnergie AG gegen die Petitionsteller gab, als auch ein Ratsbeschluss zum Ausstieg, der leider durch die Mehrheitsfraktionen im Kölner Rat verwässert wurde. Nicht zuletzt trug die Initiative Ihre Forderung durch zahlreiche öffentliche Auftritte und Aktionen in die Öffentlichkeit.

Die Petition bezieht sich auf die hohe Gesundheitsgefährdung, die durch die Braunkohleverbrennung in Köln besteht. Hinzu kommen die Feinstaubemissionen aus dem Tagebau Hambach, aus dem die Braunkohle für den Betrieb in Merkenich bezogen wird. Belegt sind erhebliche Gesundheitsschäden der Atemwege und des Kreislaufs durch Stickoxide, Quecksilber und andere Schwermetalle (<http://tschoe-rheinenergie.de/pdf/Gesundheitskosten%20von%20Kohlestrom.pdf>)

Daneben verweist die Petition auf die klimaschädlichen Folgen der Braunkohleverbrennung. In den letzten Jahren wird in Merkenich aus (intransparenten) Kostengründen fast nur noch Braunkohle statt Gas verbrannt, wodurch sich die CO₂-Emissionen gegenüber der Gasverbrennung verdoppeln. Weltweit verlieren Millionen Menschen infolge des Klimawandels ihre Lebensgrundlage und werden zu Klimaflüchtlingen. Während die RheinEnergie AG die Gewinne durch Einsatz von Braunkohle steigert, trägt die Allgemeinheit das Gesundheitsrisiko und die hohen externen Kosten durch Klimawandel und Folgeschäden.

RheinEnergie ging gegen die Petition mit gerichtlichen Schritten vor. Im Wege einer einstweiligen Verfügung wurde der Initiative verboten, die von ihr errechnete Zahl von circa 20 statistisch anzunehmenden vorzeitigen Todesfällen zu nennen. Damit konnte sich RheinEnergie jedoch nicht durchsetzen.

Bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit stellte die Initiative fest, dass die Existenz eines Braunkohlekraftwerks im Kölner Stadtgebiet der Bevölkerung kaum bekannt ist. Neben der Petition veranstaltete sie Mahnwachen vor Kundenzentren der RheinEnergie und Informationsstände bei Straßenfesten und diversen Veranstaltungen. Auf einem Klimafest im Stadtwald, das von einem breiten Bündnis getragen wurde, wurde die Forderung nach einem Stopp der Braunkohleverbrennung in Merkenich bekräftigt. Die Gruppe „Ende Gelände“ blockierte zeitgleich die Bahngleise, auf denen das Braunkohlegranulat ins Kraftwerk transportiert wird. Im Rat der Stadt Köln wurde von der Fraktion „Die Linke“ ein Antrag eingebracht, die Braunkohleverbrennung umgehend zu beenden. In einem Ratsbeschluss von 4/2017 wurde die RheinEnergie aufgefordert voll aus der Braunkohle auszusteigen, ohne allerdings ein konkretes Datum vorzugeben.

Da RheinEnergie weiterhin auf Zeit spielt, bleiben die Forderungen der Initiative weiterhin aktuell.

Die Petition wird zu einem späteren Zeitpunkt auch an die RheinEnergie als Betreiberin des Kraftwerks, vertreten durch Herrn Dr. Steinkamp als Vorstandsvorsitzenden sowie an den Aufsichtsrat der RheinEnergie übergeben.

„Tschö RheinEnergie“ ist eine unabhängige Initiative, die sich für eine Umsetzung der Energiewende und einen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen durch RheinEnergie als kommunalem Energieversorger einsetzt. Mit einer früheren Petition richtete die Initiative die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit bereits auf den sehr niedrigen Anteil an selbst erzeugten regenerativen Energien von nur 5% der Eigenproduktion, die im Widerspruch zur Selbstdarstellung des Unternehmens als „Gestalter der Energiewende“ steht.

Initiative Tschö RheinEnergie 29.8.2018

